

# presse

---

## **„Frauen“-Ministerin adé – Ministerin Schröder unsozial und gleichstellungspolitisch auf dem Holzweg**

Anlässlich der aktuellen Debatte um die Einführung einer Frauenquote und die Kürzungen beim Elterngeld erklärt die Sprecherin der Arbeitsgruppe Gleichstellungspolitik der SPD-Bundestagsfraktion Christel Humme:

Neun Jahre sind die Freiwilligen Vereinbarungen alt, mit der die Wirtschaft und die Politik erkannt haben, dass die Gleichstellung von Frauen in der Arbeitswelt nicht nur eine Frage von Gerechtigkeit, sondern auch gesellschaftspolitischer und wirtschaftlicher Vernunft sind. Es hat sich aber auch gezeigt, dass wir mit Freiwilligkeit allein dieser Gerechtigkeit kein Stück näher gekommen sind.

Denn Frauen sind in Führungspositionen immer noch unterrepräsentiert, werden schlechter bezahlt als ihre männlichen Kollegen und haben immer noch Probleme bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Es müssen gesetzliche Regelungen her. Wir brauchen eine Quote für Frauen in Führungspositionen und wir brauchen ein Gesetz, dass gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit vorschreibt. Es ist daher zu begrüßen, dass nun auch Frau Lüders von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes diese Themen auf den Tisch bringt. Allerdings scheint auch Sie, wie Ministerin Schröder, weiterhin von der Freiwilligkeit überzeugt zu sein. Diese Legislaturperiode jedoch ohne politisches Handeln verstreichen zu lassen, ist falsch. Das sind drei weitere verlorene Jahre für die Frauen.

Mit ihren Plänen zum Elterngeld schiebt "Frauen"-Ministerin Schröder die Frauen abermals ins Abseits. Ihre Überlegungen das Elterngeld auch für Mini-Jobber und Hartz-IV-Aufstocker zu kürzen ist sozial- und gleichstellungspolitisch eine Katastrophe. Weit mehr als zwei Drittel aller Mini-Jobber sind Frauen. Sie bestreiten damit ihren Unterhalt. Von den Hartz-IV-Aufstockern sind besonders viele Alleinerziehende betroffen - ebenfalls überwiegend Frauen. Wir brauchen keine unsozialen Sparmaßnahmen auf Kosten der Frauen. Wir brauchen

konkrete gesetzliche Maßnahmen für eine tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern. Aber dafür fehlt der "Frauen"-Ministerin offensichtlich der Mut.